Erscheint Mittwochs. Redaktionsschluß: Sonntag.
Bezugspreis: Vierteljährl. 60 Mk., nur durch die Post.
Anzeig.-Preise: 100 Mk. 1 einsp. Petitzeile (Stichtbestätigung ausgeschl.) Großverbr.-Anzeig. p. einsp. Petitzeile 50 Mk.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 400 Verlagsh. u. Redakt.: Nürnberg 1, Ostenstraße 1, 1
Zahlungen: Postscheckkonto: 20080 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 4 — Nürnberg, den 24. Januar 1923 — 37. Jahrgang

Deutschlands wirtschaftspolitische Lage und die Gewerkschaften.

Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden J. Simon.

Das vorstehende Thema bildete kürzlich den Gegenstand einer Nürnberger Mitgliederversammlung. Nachfolgend geben wir das Referat im Auszuge wieder. Dasselbe verdient beachtet und von den Mitgliedern eingehend gewürdigt zu werden:

Den Gewerkschaften wird von einzelnen Leuten zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht das tun könnten, was notwendig wäre, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Solche Vorwürfe werden leicht erhoben, aber sie können, wenn daraus gedrungen wird, nicht stichhaltig begründet werden. Um die gewerkschaftliche Tatigkeit beurteilen zu können, wird man sich vertraut machen müssen mit der wirtschaftspolitischen Lage, in der wir uns befinden. Ich betone ausdrücklich, mit der wirtschaftspolitischen Lage, denn mancher, der solche Vorwürfe erhebt, besaßt sich vielleicht zu wenig mit wirtschaftlichen Fragen und geht zudem von rein politischen Erwägungen aus. Nur von den Grundlagen der wirtschaftlichen Lage aus wird man zu einem richtigen Urteil über die Gewerkschaften kommen. Wir alle wissen, daß die Not steigt, daß die steigenden Lohn- und Gehaltserhöhungen nichts nützen, so lange die Mark nicht mehr als Wertmesser betrachtet werden kann. Wir wissen, daß die Lebenshaltung in dem Maße sinkt, wie die Preise vor dem Lohne einherlaufen und wir mit unserem Einkommen hinennach hinken.

Wenn wir nun fragen: Wieso ist die Not des Volkes so hoch? so sind unsere Gegner rasch fertig mit der Antwort. Schuld an der miserablen Lage, in der das Volk sich befinde, sei der Umsturz von 1918, die Revolution. Diese Leute wollen also glauben machen, ohne die Umwälzung von 1918 wären die Verhältnisse genau so, wie sie vor dem Kriege gewesen sind. Sie kommen zu dem Schlusse, aus diesen Gründen müßten wir wieder zur Einführung der Monarchie kommen. Indem sie behaupten, daß wir vor dem Kriege Ordnung hatten, daß man damals für 10 ₰ ein Stück Wurst kaufen konnte usw., glauben sie für ihre Ansicht Dumme einfangen zu können, die ihnen ihren Schwindel glauben. Die neue sogenannte nationalsozialistische Bewegung ist eingestellt auf diese These, daß an allem Elend nur die Revolution und der Friedensvertrag die Schuld trage.

Diese Leute vergessen ganz, daß die ungeheure Not, in der wir uns befinden, nicht anderes als

die Auswirkung des verlorenen Krieges

ist. Wenn es den deutschen Militaristen gelungen wäre, den Frieden in Worts zu diktieren, würde dieser wohl für Frankreich nicht glimpflicher ausgefallen sein. Es erscheint notwendig, das klar zu legen, weil sonst sogar auch Arbeiter auf den Schwindel der Nationalsozialisten, der Partei der stellungslos gewordenen Offiziere und sonstiger entwurzelten Existenzen, hineinfallen.

Die Ursachen der Not rühren vom Kriege her. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Menschheit vier und ein halb Jahr lang nur für die Vernichtung gearbeitet hat. Alle Erzeugnisse, die Mordwerkzeuge und alles andere wurden sofort nach ihrer Herstellung u. ä. der

der Vernichtung anheimgeschickt.

Für den Privatbedarf wurden kaum Werte erzeugt, daneben steht fest, daß vier Jahre lang nur gelebt worden ist von dem, was vor dem Kriege erzeugt worden ist.

Diese Verarmung des Volkes ist eingetreten nicht nur bei uns in Deutschland. Der Krieg hat die Produktion vernichtet in den kriegführenden Staaten wie bei den Neutralen, in Frankreich, in der Schweiz, in Holland, besonders auch in England, wo heute noch 1,300,000 Arbeitslose eben durch die Nachwirkung des Krieges vorhanden sind. Werte, die in die Milliarden gehen, sind durch den Krieg dahin. Wozu man Jahrzehnte und selbst Jahrhunderte braucht, für den Aufbau von Straßen, Kanälen, Eisenbahnen, Häfen und Stadten — Ungeheueres ist vernichtet. In allen Ländern leidet unter dieser allgemeinen Verarmung nun die Arbeiterklasse am meisten.

Nach diesen ungeheueren Vernichtungen kann man volkswirtschaftlich nicht dort anknüpfen wollen, wo man 1914 aufhört hat, wie die Gedankenlosen meinen. Die ungeheuere Vernichtung läßt sich nicht auslöschen. Die Grundursache des Elends ist der gewesene Krieg. Gedanklich so eingestellt, wird man auch zu anderen Schlußfolgerungen kommen als die Nationalsozialisten. Das Elend wäre da, auch wenn der Umsturz nicht gewesen wäre, es wäre wohl noch schlimmer, wenn die Monarchie vorhanden geblieben wäre.

Wenn nun alles so eingestellt wäre, wie die Sozialisten oder Kommunisten, dann wäre die Frage wohl am leichtesten zu lösen: wie kommen wir am besten aus der Not und dem Elend heraus? Wir wissen, die kapitalistische Produktionsform zielt nur ab auf die Erzeugung von Gewinn. Steht Gewinn in Aussicht, dann wird produziert, im anderen Falle wird

die Produktion eingestellt.

Nach den Prinzipien der Bedarfswirtschaft, die von der Arbeiterschaft vertreten werden, wäre das Produktionsproblem durch eine Bedarfsdeckungswirtschaft geschickterweise zu lösen. Aber leider stehen dieser Frage große Hindernisse im Wege. Die Umwandlung von der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft ist nicht von heute auf morgen zu erkämpfen.

Von mancher Seite sagt man nun, es würde damit schon rascher gehen; die Massen würden schon bereit sein zum Kampf, wenn nur die Führer wollten. Leider ist das aber nicht richtig, die Tatsachen lehren etwas anderes. Soeben hat in der Schweiz eine Volksabstimmung stattgefunden, die wiederum beweist, wie wenig die Massen noch auf das Sozialistische eingestellt sind. Es drehte sich um die einfache Frage der Erhebung einer Vermögensabgabe zu dem Zwecke, die Arbeitslosenunterstützung zu verbessern, und was geschah? Das Abstimmungsergebnis zeitigte nur 109,000 Stimmen für diesen sozialistischen Gesetzentwurf, nicht weniger als 730,000 Wohlbeschabte stimmten dagegen. Dies Ergebnis ist klärlich. Es beweist, die Masse der Arbeiterschaft ist in ihrer Mehrheit noch nicht sozialistisch eingestellt, es fehlt ihr noch an Schulung. Schulung der Massen ist auf mehrere Art möglich. Durch persönliche Aufklärung, durch die Presse, durch Versammlungen. Liest aber ein jeder die Arbeiterpresse? Sind unsere Versammlungen so besucht, wie es der Mitgliedschaft entspricht? Auch das trifft leider nicht zu. Man mag zu den Führern stehen, wie man will — man sage aber nicht, daß sie an allem und allem schuld seien, denn das ist falsch. Letzten Endes sind es doch auch die Mitglieder, die die Führer an ihre Stelle gestellt haben.

Kein Mensch, der die Verhältnisse und die Machtfaktoren im Wirtschaftsleben offenen Blickes betrachtet, kann über deren Existenz hinwegsehen. Es sind harte Widerstände zu überwinden. Das besagt aber nicht, daß wir alles gehen lassen sollen, wie es geht; wir haben die Pflicht, innerhalb der jetzigen Wirtschaftsordnung schon, soweit es in unserer Macht liegt, alles aufzubieten zur Verbesserung unserer Lage. Daneben darf die Arbeiterschaft aber auch das große Ziel nicht aus dem Auge lassen. Die Gewerkschaften haben nicht nur den Zweck, unmittelbar Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu erstreben, sondern sie haben gleichzeitig die hohe Aufgabe, die Mitglieder zu schulen, um sie für den Endkampf vorzubereiten. Alle unsere Bestrebungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen sind wohl notwendig, sie führen aber nicht zum Ziel, solange die Schwankungen auf dem Geldmarkt andauern. Der russische Staatsmann Lenin bezeichnete vor etwa einem Vierteljahre als die höchste Aufgabe Rußlands die Stabilisierung des Rubels. Genau so muß man in Deutschland den Kampf um die

Stabilisierung der Mark

als die wichtigste Aufgabe des Tages betrachten. Erst wenn eine solche erreicht ist, ist wieder eine gesunde Lohnpolitik möglich. Wir wissen, wir können noch so hohe Lohnzugeständnisse von den Verhandlungen mitbringen, sie befriedigen nicht, denn ehe wir nach Hause kommen, sind gewöhnlich die Preise schon wieder weit weiß wie hoch hinaufgeschnellt.

Um zur Stabilisierung der Mark zu kommen, sind verschiedene Maßnahmen nötig. Erste Voraussetzung wäre die Herabsetzung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß. Im Inland wäre notwendig eine absolute Kontrolle und Erfassung der ausländischen Zahlungsmittel. Je tiefer die Mark sank, um so mehr machte sich die Flucht aus der Mark bemerkbar. Auch der Private, der Auslandszahlungsmittel zur Bezahlung von Auslandsprodukten gar nicht benötigt, verschaffte sich englische Pfund, amerikanische Dollars. Private Kreise beschäftigten sich der Devisenspekulation. Bei der großen Nachfrage nach Devisen stieg der Dollar noch mehr, oder richtiger — der Ausdruck, daß der Dollar steige, ist falsch gewählt — die Mark sank auf einen geringen Bruchteil eines Pfennigs, der Dollar blieb wertbeständig.

Vor allem wäre also eine Verschärfung der Devisenordnung und ihre strikte Anwendung erforderlich. Nur wer Devisen benötigt, darf solche zugewiesen erhalten. Weiter wäre zu fordern die

Schaffung einer wertbeständigen Anleihe.

Auch die russische Regierung ist dazu übergangen, ohne Gold-Dollar-Anleihe aufzulegen, bei der die Zinsen in Gold garantiert werden. Weiter wäre ein staatspolitisches Erfordernis die Beschleunigung der Steuereinzieung. Es ist ein Skandal, daß kapitalkräftige Schichten mit der Steuerzahlung nachhinken und dann dem Geldwerte nach nur ein Vierzigstel dessen zu zahlen brauchen, als wenn sie zur rechten Zeit ihre Steuern entrichtet hätten. Der Wertverlust, den die Mark durchgemacht hat, müßte auf die noch rückständigen Steuern aufgeschlagen werden. Vor allem, um zu stabilen Verhältnissen zu kommen, müßte die Einfuhr von Luxusgegenständen verboten werden, der Schlemmerei, wie sie sich breit macht, müßte energisch ein Ende gemacht werden. Ein weiteres Mittel ist die Hebung der inländischen Produktion, natürlich nicht mit den untauglichen Mitteln wie sie z. B. ein Stinnes anfassen will. Zunächst erscheint für unser durch die bezweifelten Valutaverhältnisse vom Ausland gewissermaßen abgeschnittenes Deutschland eine Hebung, d. h. Rationalisierung, der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich. Durch Gebietsabtretungen in Polen Schlesien, Schleswig usw. ist die landwirtschaftlich benützte Bodenfläche Deutschlands von 32 Millionen Hektar auf etwa 27 Millionen zurückgegangen. Die Bevölkerung Deutschlands hat aber infolge von Rückwanderungen fast die gleiche Stärke als wie vor dem Kriege. Dabei hat der Getreidebau im Jahre 1922 gegen 1913 um 2,498,448 Hektar abgenommen. Früheres Getreideland wird zu Weidezwecken benutzt, weil den Landwirten die Vieh- und Milchproduktion lohnender erscheint. Der Getreideboden leistet ist durch jahrelangen Raubbau und unzweckmäßige Düngung in der Ertragsfähigkeit wesentlich zurückgegangen. Während Deutschland vor dem Kriege etwa ein Fünftel der benötigten Nahrungsmittel zur Ernährung der Bevölkerung vom Ausland einführen mußte, muß es heute

Milliarden für diese notwendige Einfuhr

ausgeben, um nur die jetzige Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Wir müssen deshalb so rasch als möglich von der extensiven zur intensiven Bewirtschaftung des einheimischen Bodens übergehen.

Auch in der Schwerindustrie und im Bergbau muß eine Produktionssteigerung angestrebt werden. Allerdings mit dem Stimmzettelkontrast „Verlängerung der Arbeitszeit" ist es nicht getan. Im Kali- und Braunkohlenbergbau ist eine Produktionssteigerung bereits unterkennbar: im Steinkohlenbergbau noch nicht, aber man hat den Ursachen nachzugehen, woran das liegt, um für Abhilfe zu sorgen. Die Produktionsverminderung ist hier nicht auf das Konto der Arbeiter zu setzen. Die Steinkohlengruben wurden während des Krieges ruiniert. Man ließ die weniger ertragreichen Flöze verfallen und benutzte nur die besten aus. Eine Menge Arbeiter sind heute noch damit beschäftigt, den vernachlässigten Ausbau wiederherzustellen und Hauen von Abraum beizusetzen zu schaffen. Vor dem Kriege kamen auf 100 Arbeiter im Bergbau 50,1 Prozent Hauer, das übrige waren Nebenarbeiter. Heute beträgt der Prozentsatz der Hauer nur noch 39,4. Darin liegen die Ursachen des Förderrückgangs.

Längst ist es soweit gekommen, daß wir

auf ausländische Kohle angewiesen

sind. In den Monaten September bis November 1922 wurden allein aus England 1,690,556 Tonnen Kohle eingeführt; das allein verursachte eine Ausgabe von 8 Milliarden 749 Millionen Mark. Die heimische Kohlenproduktion könnte durch Anlegen neuer Schichte gehoben werden, das private Zechenkapital aber scheut die Kosten. Die preußische Regierung hat bis jetzt 18 neue Schächte in Angriff genommen.

Auch der Produktionsvermehrung in der Fertigindustrie muß das Augenmerk zugewandt werden, aber auch hier geht mit dem leeren Schlagwort „Verlängerung der Arbeitszeit". Die „Frankfurter Zeitung" hat in einer Reihe Industrien Untersuchungen anstellen lassen und Ergebnisse veröffentlicht, die beweisen, daß die Arbeitszeitverkürzung leistungssteigernd gewirkt hat. In der Tabakindustrie (Zigarettenfabrikation) war sogar bei der handgemachten Ware eine Leistungssteigerung festzustellen. Auch in anderen Industrien, darunter in der Schuhindustrie, wurden Leistungssteigerungen nachgewiesen, selbst bei gleich gebliebenen technischen Einrichtungen. Wenn das in einzelnen Betriebsabteilungen nicht zutrifft, so hat es seine besonderen Gründe. Bei gutem Oberledermaterial werden z. B. auch in der Zuschneiderei

höhere Leistungen zu verzeichnen

sein. Bei geringeren Sortimenten von Leder, die man im Frieden weniger verarbeitete, wird allerdings der Arbeiter länger brauchen. Um im allgemeinen eine Mehrproduktion zu erzielen, muß der technische Fortschritt im Betrieb nebenhergehen. Aber neue und bessere Maschinen allein tun es nicht; es ist auch nötig, den Leerlauf zu beseitigen innerhalb der Produktion. Ueber die Produktionskrise der Schuhindustrie ließe sich in dieser Hinsicht manches anführen.

Nun erscheint es allerdings als Absurdität, auf Mittel zur allgemeinen Steigerung der Produktion zu sinnen, während jetzt die Arbeiter die halbe Woche zum Feiern genommen sind. Darin liegt eben der Widersinn und die volkswirtschaftliche Schädlichkeit des kapitalistischen Systems. Bei einer geregelten Bedarfswirtschaft wäre keine Arbeitslosigkeit. Bei möglichster Verbilligung der Urproduktion heiten wir einen anderen Lavenumbitlung ab. Im Frieden konnte ein Arbeiter für einen Wochenlohn etwa drei Paar Stiefel anschaffen, heute stehen die Löhne so niedrig, andrerseits die Preise so hoch, daß ein einziger Wochenlohn nicht ausreichend ist nur für ein Paar Stiefel. Die Ursachen der teutlichen hohen Schuhpreise sind nicht in hohen Arbeitslöhnen zu suchen. Der Arbeitslohn am Produkt schwankt zwischen 3 bis 10 Prozent der Gesamtgestehungskosten je nach Ausführung. Die teure Urproduktion verteuert die Preise. Eine Schuhsohle Rohhaut die vor dem Kriege auf 56—60 ₰ zu stehen kam, wird jetzt mit 68,000 ₰ bewertet. Eine solche Rohhaut gibt oder durchschnittlich nur 40 Paar Bodenleder. Die

Verteuerung der Urproduktion

geht aber bis auf die Kohlenindustrie zurück, die ungeheure Gewinne einheimst, abgesehen von den vielen Nebenprodukten der Kohle; die sie bei der Verkokerei erzielt. Zu den teuren Rohstoffen kommen die teuren Transportpreise. Diese Transportpreise halten die Auslandsfirmen zurück, selbst wenn in Deutschland für einzelne Waren der Weltmarktpreis überschritten wird.

Nur die teuren Rohprodukte, nicht der Lohn, verteuern in Deutschland das Produkt. Wie niedrig die deutschen Arbeitslöhne gegenüber den englischen stehen, hat kürzlich der „Manchester Guardian" mit einer Arbeit von John Hilton, dem Direktor des statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium, nachgewiesen, worüber in der „Schuhmacher" schon näheres mitgeteilt. Danach steht fest, daß der Reallohn des deutschen Bauarbeiters heute nur 41 Prozent dessen des englischen Bauarbeiters gleichkommt. In anderen Berufen liegt es ähnlich.

Das Ausland hatte infolge der Zerrüttung der Währungsverhältnisse eine kolossale Wirtschaftskrise durchzumachen. Nun hat trotz unserer billigen Löhne die Wirtschaftskrise auch auf Deutschland übergegriffen. Wir sind heute noch imstande, die Rohstoffe von außerhalb beziehen zu können. Infolgedessen läßt man in Amerika die Baumwolle ungeerntet, weil man keinen Absatz dafür findet. In Amerika herrscht Ueberfluß, die Farmer warten auf Absatzgebiete, während Europa verarmt. Durch nichts kann der

Widersinn der kapitalistischen Welt

drastischer bewiesen werden als durch die Tatsache, daß in Amerika Getreide und Mais in solchen Mengen verbrannt ist, daß man es als Brennmaterial benutzt. Zur gleichen Zeit sind in Europa die Völker hochstäblich dem Hunger überliefert.

Die Degeneration ist unter der Bevölkerung Deutschlands und Oesterreichs am allerschlimmsten. Alle ärztlichen Statistiken über den Gesundheitszustand der Bevölkerung wirken erschreckend. Von 266 Schulmeisterinnen in Sachsen wurden nicht weniger als 45 Prozent als tuberkulös befunden. Noch schlimmere Ergebnisse zeitigten schulärztliche Untersuchungen in Thüringen. In Zella-Mehlis waren

von 1500 Schulkindern 1350 unterernährt,

in Friedrichroda von siebenhundert 350, in Walterhausen von dreizehnhundertsechzig 716. Gotha hatte nach den schulärztlichen Untersuchungen 40 Prozent, Ruda sogar 70 Prozent unterernährte Kinder aufzuweisen. Dieser gesundheitliche Zustand der Jugend legt das ganze Elend dar, in dem wir uns befinden. Es bildet eine furchtbare Anklage gegen unsere jetzige Wirtschaftsordnung.

Wir müssen uns klar sein darüber, daß wir unter der kapitalistischen Wirtschaft diese Zustände nicht lösen werden können. Die Not und das Elend bilden die unzertrennliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Was wir erreichen können und erstreben müssen, ist, eine Milderung dieser Notlage herbeizuführen. Dieser Kampf fällt den Gewerkschaften zu. Wir würden und selbst aufgeben, wenn wir uns nicht wehren würden und alles gehen ließen, wie es läuft. Es wäre ein Fehler, die Gewerkschaftsbewegung geeignet einhalten zu wollen. Es ist ein ungeheurer Tatsachlich, anzunehmen, daß wir heute auch die gleichen Löhne hätten, ohne Führung des gewerkschaftlichen Kampfes.

Der den Mut hat zu behaupten, wir könnten auch in Zeiten der Krise noch Lohnzulagen durchsetzen ohne die Organisation, der muß

die Geschichte unserer Kämpfe vergessen

haben. Die älteren Verbandsmitglieder wissen ja hoffentlich noch, was sich früher abgespielt hat. Bei jeder Wirtschaftskrise waren Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen an der Tagesordnung. Bei Besserung der Wirtschaftslage mußten immer wieder schwere Kämpfe um den alten Lohn geführt werden. Woran lag das? Es lag daran, weil damals die Gewerkschaften zu schwach und zu widerstandslos waren. Bis zum Jahre 1912 hatte es der Verband der Schuhmacher endlich auf 45,000 Mitglieder gebracht, davon war noch ein gut Teil Schofarbeiter. Beschäftigt waren regulär in der Schuhindustrie aber mehr als 100,000. Der größte Teil war also unorganisiert. War es damals verwunderlich, daß die Fabrikanten selbst den Abschluß von Tarifverträgen ablehnten?

Es ist nur an Nürnberg selbst zu erweisen, wie es hier etwa um 1900 mit der Organisation aussah. In der größten der hiesigen Fabriken waren ganze 17 Verbandsmitglieder und diese waren es nur heimlicherweise. Die Alten unter uns wissen es ja, wie damals im stillen gearbeitet werden mußte, welche Mittel angewandt werden mußten, um dem Verbande Eingang zu verschaffen. Diese Arbeit kostete harte Mühe, aber wir haben nichts unversucht gelassen um zum Ziele zu gelangen. (Wie sah es damals aus mit der Arbeitszeit? Zehn Stunden wurde gearbeitet und häufig

lassen noch Ueberstunden vor. Bezüglich der Entlohnung braucht man sich nur die

zeitlichen Wochenlöhne der Frauen und Jugendlichen

ins Gedächtnis zurückzurufen. Man denke auch an die Journalnummerlohnpolitik, an die Wertzuweisung an die Prämienwirtschaft, die damals herrschte. Eine Forderung auf Ferien hätte man damals einfach verlacht. Heute sind wir in Stellungnahmen noch in der Lage, mit Entschiedenheit auftreten zu können und wenn die Krise vorüber ist, stehen wir als schlagkräftige Masse von 117,000 Kämpfern da, um weiter nach vorwärts drängen zu können. Mit 80—85 Prozent organisierter Arbeiter läßt sich aber ein anderer Druck ausüben, als wenn nur 20 oder 40 Prozent der Arbeiter organisiert sind. Mit 80—85 Prozent organisierter Arbeiter kann das Unternehmertum doch nicht so umspringen, als wenn dieses es mit einer bedeutungslosen Arbeiterschaft zu tun hat.

Ganz ohne Zweifel haben wir unsere Fortschritte unserer starken Organisation zu verdanken. Angesichts dessen zu behaupten, die Gewerkschaften seien nutzlos, die jetzigen Löhne hätten wir auch ohne sie, ist geistige Gesamtrechnung. Ohne jemand zu nahe zu treten: Wenn man aus solchen falschen Gesichtspunkten heraus der Meinung Ausdruck gibt, man brauche sich nicht zu wundern, wenn einzelne Mitglieder keine Beiträge mehr zahlen wollten, so ist das verdammtdumm. Denn derartige Redensarten bedeuten eine indirekte Aufforderung zur Solidarität. Es ist Sache jedem einzelnen Mitglieder, derartige irrige Auffassungen zu zerstreuen, wo sie auch auftauchen mögen. Man lehne sich nur gewisse Begriffe an, wo in anderen Berufen die Organisation abbröckelte. Sofort bekommt das Unternehmertum Mut und weiteret sich beharrlich, auf weitere Lohnerhöhungen einzugehen. Man sollte doch

aus der Vergangenheit lernen.

Daß wir nicht alles durchsetzen können, weiß jeder, der Sinn für die wirtschaftlichen Realitäten besitzt. Ein Urteil über die Erfolgsmöglichkeiten des Gewerkschaftskampfes läßt sich eben nur abgeben unter Berücksichtigung auf die Gegenkräfte, die wir zu überwinden haben und im Zusammenhange mit den Wirtschaftsbedingungen, die einmaps geschildert worden sind. Derjenige ist im Irrtum, der da nahmt, die Welt bestimme mit ihm von heute und der Erfolg sei nur dem, der sächsischen Willen der Führer auf der einen Seite anbeimgegeben. Demjenigen, der um die wirtschaftliche Bedingtheit weiß, stellen sich die Dinge nicht so einfach, als dem Kritiker, der nur seinen theoretischen Erörterungen lebt, und die nackte reale Wirklichkeit nicht leben will.

Und nun ein Wort zur Beitragsfrage. Wer da meint, die Verbandsbeiträge seien zu hoch, denkt nicht daran, daß der Verband als Institution unter der allgemeinen Teuerung ebenso zu leiden hat, wie jede öffentliche Einrichtung. Es sollte überflüssig sein, darauf hinweisen zu müssen, daß auch den Verband die Portoerhöhung, die Erhöhung der Mieten, der Eisenbahntarifpreise, die Verteuerung des Schreibmaterials usw. empfindlich trifft. Der Druckpapierpreis ist so gestiegen daß eine Einzelnummer des Fachorgans, die vor dem Kriege 22 A kostete uns jetzt rund 10 M zu stehen kommt. Infolgedessen ist bereits wieder eine neue Papierpreiserhöhung auf 500 M pro Nr. angekündigt! Die Mittel, die ein größerer Streik erfordert, sind enorm. Vor dem Kriege zahlte unser Verband pro Woche 12 M Streikunterstützung, heute 12,000 Mark. Um die nötigen Gelder aufzubringen, müssen wir selbst Opfer bringen. Wir erbitten keine Zuwendungen wie die nationalsozialistischen deutschvölkischen Radauwolfiter, wir führen unsere

Kämpfe aus eigener Kraft,

oder die Stärkung unserer Kampfmittel dürfen wir nicht vernachlässigen. Wir wollen nicht, wie im Lohnkampf in Zukunft die Dinge lauten. Die große Schwierigkeit der Verständigung bei den letzten Lohnverhandlungen muß zu denken geben. Wenn sich die Lage einmal zuspitzt, müssen wir kampfbereit dastehen. Daß manchem Kollegen der Beitrag schwer fällt, wird niemand bestreiten wollen, jedoch muß man immer bedenken, daß die Opfer der Organisation zufallen, mit der wir unseren Lebensunterhalt erringen. Es ist auch nicht richtig, daß wir heute verhältnismäßig mehr zahlen wie früher. Ein großer Teil von Kollegen, die damals einen bedeutend niederen Stundenlohn hatten, zahlten vor dem Kriege 6 mal 70 A Wochenbeitrag, die Regel: „einen Stundenlohn als Beitrag" entspricht den Zeitverhältnissen und den Anforderungen, die heute an den Verband gestellt werden.

Bezüglich unserer Lohnpolitik ist unlängst auch die Frage der Indexlöhne aufgeworfen worden. Der Gedanke der Indexlöhne hat etwas bestechendes solange der Index eine Steigerung aufweist, anders aber, wenn die Entwicklung ins Gegenteil umschlägt. Kürzlich sanken sich mit dem Dollar die Großhandelspreise, während die Kleinhandelspreise weiter stiegen. Zu Osterzeit konnte beobachtet werden, daß die mechanischen Lohnerhöhungen

sofort Preiserhöhungen

zur Folge hatten. Das Ende wäre, daß alle Preise auf Goldwährung hinaufgetrieben würden. Wir müssen freie Hand behalten, und einmal auch gegen eine Lohnerhöhung wehren zu können, wenn sich ein entsprechender Preisabbau ergeben ist. Bei der Taktik der Gewerkschaften auf dem erfolgversprechendsten Wege Verbesserungen im Lohnverhältnis anzustreben, oder den Tugen hemmend entgegenzutreten, sonnen es die Gewerkschaften allerdings allein nicht bewerken lassen. Weil uns die wirtschaftlichen Zusammenhänge bekannt sind, weil wir wissen, daß auf dem Boden des kapitalistischen Systems das Elend nicht zu beseitigen ist, muß unser Streben über den Tageskampf hinaus stets und ständig auf

die Erziehung zum Kampfe für das Endziel

gerichtet sein. Dieser Kampf und Beseitigung des Kapitalismus und Herbeiführung des Sozialismus ist ein stärkerer Kampf, der nicht von heute auf morgen zu Ende geführt werden kann. Trotz fehlen noch manche Vorbedingungen. Der Kapitalismus ist noch fest verankert. Es gilt, zuerst die Massen zu bewußten Kämpfern für den Sozialismus zu erziehen. Genoß bei der Arbeiterbewegung Fortschritte gemacht, diese sind aber noch lange nicht genügend, wie die letzten stattgefundenen Wahlen wieder bewiesen. Hinter dem A. D. G. B. stehen heute acht Millionen Arbeiter. Auch ein gewaltiger Fortschritt gegen ehedem. Aber es ist doch erst die knappe Hälfte der 18 Millionen Erwerbstätigen. Es ist ferner durchaus falsche Einstellung, daß die Spitzenleistungen der Führer bereits alles erreichen können. Es wäre wohl oft mehr zu erreichen, wenn die Leitung fest darauf bauen könnte, die Massen voll und ganz hinter sich zu haben. Sind alle organisierten Arbeiter schon gleichgesinnte Klassenkämpfer? (Kurzes Hoch nicht einmal eine Millionen!) Wenn nicht, dann besagt das, wo wir zunächst den Hebel ansetzen haben: bei der

Aufklärung, Schulung und Aufklärung der Massen.

Man beschäftige dann aber auch nicht die Führer unpraktischerweise. Alle Gewerkschaftler zu gleichwertigen Kämpfern zu erziehen, dazu kann jeder Einzelne der von sich sagen kann daß er ein guter Gewerkschaftler ist, mit beitragen. Wenn so gearbeitet wird, daß jeder mitwirkt, — und Gelegenheit dazu ist vorhanden, arbeiten doch alle gleichmäßig haben doch viele einen gemeinsamen Weg von und nach der Fabrik —, dann kann der Erfolg nicht fehlen, die Massen zu gewinnen und für den Gedanken des Sozialismus reif zu machen. Mit kleinen Etappen heben wir den Kapitalismus nicht aus den Angeln; der große Wurf kann erst gewagt werden, wenn große Massen von dem gemeinsamen Ziel durchdrungen sind. Diese Wahrheit mag bitter sein und manchem nicht in den Kopf wollen, sie bleibt aber die Wahrheit. Machen wir doch keine Gebrauchsfehler. In einer großen Versammlung sammeln sich brave, vielversprechende Personen für ein hohes Ziel begeistern. Das sind in einer Stadt wie Nürnberg, die 100,000 Arbeiter zählt, immer erst 3 oder 4 Prozent. Unter den 97,000, die in der Versammlung fehlen, sind immer noch Viele, die ordentlich so den Tag hineinleben. Diese gilt es aufzurütteln, für den Kampf zu interessieren.

Die Eroberung der politischen Macht wäre eines Tages vielleicht noch nicht einmal das schwierigste. Die Hauptfrage aber ist: Wie halten wir uns an der Macht. Ein proletarisches Regime würde gewaltig zu beweisen, nach dem, was es bieten kann. Eine unzufriedene Masse aber würde ebenso rasch abfallen, wenn ihre

Leib- und Magenfrage nicht befriedigt

werden könnte. Dieselben Schwierigkeiten. Abdankungsfest von der Nationalversammlung hat unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen ihre, auch eine proletarische Regierung. Das darf uns aber nicht etwa entmutigen und auch nicht einen Augenblick von dem Kampfe um das hohe Ziel zurückhalten. Ich kämpfe seit Jahrzehnten für den Sozialismus, weil ich in ihm eine bessere, vollkommenere Wirtschaftsordnung sehe und werde diesem Ziele treu bleiben stets und ständig. Aber ich sehe auch die Widerstände, die zu überwinden sind.

Grundstürzende andere Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen bedeutet einen schweren Kampf. Die Arbeiterschaft wird diesen Kampf umso früher bestehen, als sie zur Einmütigkeit und Geschlossenheit in der Arbeit gelangt. Je mehr Streitigkeiten und Hader zum Austrag kommen, umso längere Zeit wird die Befreiung vom kapitalistischen Joch hinausgeschoben. Solange man sich streitet und zerfleischt, bleibt der Gegner obenauf. Je mehr Organisationen sich auftun, um so geringer wird ihr Einfluß. Jede Zersplitterungsperiode, das lehrt die Geschichte, hat allerlei Sekten gezeitigt. In den Nationalsozialisten und Deutschvölkischen haben wir eine Entartung die zur höheren Ehre des Kapitals, eben für dieses in die Presche springt. Ein aufrechter denkender Gewerkschaftler weiß, daß diese Gesellschaft heuchlerisch gewordener Militaristen und sonstiger schäbiger Existenzen die sich da zusammenfindet nichts ist, außer eine einige und geschlossene Arbeiterschaft. Er wird aber auch dessen stets eingedenk sein und die Lauheit und Abneigung in den eigenen Reihen bekämpfen, wo er sie nur antrifft. Er wird jederzeit bereit sein, persönlichen mit Wenn anzugehen, daß die Gewerkschaft intakt und schlagfertig bleibt.

Den Gewerkschaften

fällt die hohe Aufgabe zu, in dem wogenden Meinungsstreit das Einigende herauszuarbeiten und alles Trennende in den Hintergrund treten zu lassen, um ihren Einfluß zu verstärken. Solange einzelne auch in unseren Reihen sein Vertrauen zur eigenen Sache haben, solange noch die Geister auseinandertreiben, besteht für das Unterne'mertum keine Gefahr. Je mehr aber die Massen zu Kämpfern erzogen werden, je mehr Mitarbeiter für dieses Ziel gewonnen werden, umso eher kommt die organisierte Arbeiterschaft in die Lage, Abrechnung zu halten und endlich die kapitalistische Unordnung zu beseitigen und eine andere bessere Ordnung an ihre Stelle zu setzen.

Wochen-Rundschau.

Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zeigen sich bereits deutlich die verheerenden Folgen der Besetzung des Ruhrreviers. Die Kohlenlieferungen nach dem unbesetzten Deutschland sind bisher ungefähr im gewohnten Umfange erfolgt, dürften aber in Anbetracht der jetzt vorhandenen Situation und der jetzt und da bereits verfügten Requisition sehr bald erheblich nachlassen, zumal ja seit dem Einmarsche der Franzosen und Belgier die Kohlenförderung des Ruhrreviers überhaupt um 20 Prozent zurückgegangen ist.

Ganz Deutschland ist von der Gefahr einer sehr ausgedehnten Arbeitslosigkeit bedroht. Diese würde geradezu katastrophale Wirkungen haben, da sie politisch gutsammengeballt mit einer bisher noch nie gekannten sprunghaften Steigerung aller Lebensmittelpreise. Alle Teuerungswellen, die bisher über uns hinweggegangen sind, waren im Vergleich zu der jetzigen Teuerungshochflut wirklich unbedeutend. Der Dollar steigt täglich um Tausende von Mark und reißt das gesamte Warenpreisniveau mit nach oben. Dieser rapide Währungsverfall stellt uns unmittelbar vor die Gefahr des Hungers. Die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland ist schon vom Standpunkte unseres eigenen Importhandels aus bei den jetzigen Devisenkursen mit einem so großen Risiko verbunden, daß dazu die Kapitalkraft unserer Wirtschaft als viel zu klein erscheint. Noch ungünstiger stellt sich die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen vom Standpunkte des ausländischen Großhandels aus dar. Es ist bekannt, daß die führenden Wirtschaftskreise Englands und der Vereinigten Staaten schon vor der Ruhrbesetzung in Geschäften mit Deutschland immer eine starke Zurückhaltung bekundeten. Für diese Kreise war Berlin ein zweites Moskau. Sie fürchteten schon immer, an den Geschäften mit Deutschland unter den obwaltenden Umständen einmal Verluste zu erleiden.

Die Ruhrbesetzung und der damit verbundene Kursturz der Mark haben auch dem Kredit der deutschen Industrie und unseres Einfuhrhandels im Auslande einen schweren Schlag versetzt. Der Amerikaner, der die Vorgänge in Deutschland nur an der Hand sensationell aufgemachter Zeitungsmeldungen verfolgt, ist überzeugt davon, daß in Mitteleuropa schon ein vollständiges Chaos herrscht. Er exportiert seine Waren deshalb vorzugsweise nach etwa nach Mexiko oder China als nach dem europäischen Kontinent. Wir leben alle zu allem Unglück wieder vor einer Art Blockade. Die Stockungen in der Warenzufuhr wirken natürlich im Zusammenhange mit der Markentwertung ganz besonders stark preissteigernd. Die deutsche Großhandels-Indexziffer ist bereits vom 5. bis zum 15. Januar d. Jrs. um 27,6 Prozent gestiegen, daß Preisniveau der Lebensmittel allein hat sich um 29,9 Prozent erhöht. Den breiten Volksschichten kommt neben der Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Erhöhung der Preise für Kohle, Holz, Gas und die enorme Heraufsetzung der Gütertarife in dieser schweren Zeit wie ein furchtbarer Schlag. Geht es nur wenig Wochen noch in diesem Tempo weiter, so gehen wir in wirtschaftlicher Beziehung tatsächlich französischen und sogar russischen Zuständen entgegen. Die Folgen für unser politisches und soziales Leben sind unabsehbar. (R. M. B.)

Die Zwangsanleihe.

Die gewaltige Schonung des Besitzes, eine Folge der Geldentwertung, nicht der Steuergesetze selbst, geht auch aus folgender Gegenüberstellung hervor: Die Zwangsanleihe, dazu mit den 70 Milliarden Papiermark, die man von ihr erwartet, mehr als zwei Drittel des im Haushalt vorgesehenen Steuerertrags aufbringt. Würde der Beitrag jetzt nicht erhöht, so wird es noch nicht die Hälfte von dem aufbringen, was allein an Verbrauchssteuern und aus der Einkommensteuer eingeht. Ueberdies waren Ende Oktober vorigen Jahres für die Zwangsanleihe erst 28 Milliarden Mark eingezahlt.

Die Zwangsanleihe ist in ihrer seinergeit beschlossenen Form als Einnahmequelle für die Reichsfinanzen durch die Geldentwertung gegenstandslos geworden. Es hatte deshalb schon seit einiger Zeit nahe liegen müssen, sie durch eine den veränderten Umständen angemessene Abänderung wieder zu dem zu machen, was sie ursprünglich sein sollte: zu einer Steuer, die 70 Milliarden Papiermark, d. h. nach dem Geldwert des Tages der Gesetzesannahme ungefähr 600 Millionen Goldmark einbringen sollte. Diese Absicht wurde

Die französische Großindustrie läßt marschieren.

Die französischen Chauvinisten haben ihr Ziel erreicht: der wichtigste Teil des Ruhrgebietes ist militärisch besetzt worden. Diese äußerst verwickelte und gefährliche Situation läßt es notwendig erscheinen, den Dingen auf den Grund zu gehen und einmal eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die Grundtreeln des von Karl Marx entwickelten historischen Materialismus auch heute noch ihre Berechtigung haben. Wir müssen dabei zu der Ueberzeugung gelangen, daß niemals mit Hilfe der materialistischen Geschichtsauffassung die ökonomischen Wurzel: Klarer zu erkennen gewesen sind, als bei den großen Kriegen, die der Krieg und seine Folgen aufgewworfen hat. Und gerade jetzt, wo die Militärstimmen im Triumpfzuge mit Bajonetten und Geschützen Stätten friedlicher Arbeit in große Heerlager verwandelt, wird klar erwiesen, daß die sogenannte rote Politik nichts anderes ist, als mit Redensarten verschleierte Interessenkämpfe, der die Staatsmaschinerie dienstbar werden.

Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen; dieser lapidare Satz, von Karl Marx geprägt, gilt heute mehr denn je. Seit Napoleon I., als den ersten Repräsentanten einer kapitalistischen Staatspolitik, ist das Interesse der kapitalistischen Wirtschaft in der Politik immer wie außen beherrschend gewesen. Mit dem Fortschritt der kapitalistischen Wirtschaft, mit dem Werden einer Weltwirtschaft wuchsen auch die Gegensätze der kapitalistischen Länder. Der Imperialismus, der zum Kriege 1914 führt war die Frucht einer aufs höchste entwickelten kapitalistischen Weltwirtschaft, das sichtbarste Zeichen des Gegensatzes zwischen einzelnen Kapitalistengruppen. Und der Friedensvertrag von Versailles ist Satz für Satz Paragraph für Paragraph eine große Anklage gegen die imperialistischen Eroberungsgelüste, die das bestimmende Motiv dieses sogenannten Friedensdokumentes bilden. Jeder Satz enthält eine sophistische Spitzfindigkeit, mit der dieses Motiv zu bemänteln versucht wird, und welch einen Zynismus! Die Opfer dieses Vertrages bersten anfwärmen. Die furchtbare Krise der Gegenwart in allen Ländern Europas beweist, wie wenig die papiernen Friedensverträge die Welträtsel zu lösen vermochten.

Nun gibt es einzelne Standortprodukte der kapitalistischen Wirtschaft, die mit unlöschbarer Brand außerordentlich stark in das Räderwerk der Weltpolitik einzugreifen vermögen. Da ist vor allem das Erdöl, das in den letzten Jahrzehnten und besonders seit dem Kriege als Kampfobjekt in Erscheinung tritt. Der Siegeszug des Ölmotors und seine mannigfaltige Verwendung als Antriebskraft in der heutigen Technik, bei Flugzeugen, Kraftwagen, Kriegs- und Handelsschiffen usw. macht den dazu benötigten Rohstoff, das Oel, zu einem begehrlichen Objekt. Die politischen Gegensätze zwischen der amerikanischen Union u. Englands sind dauerlich auf den Kampf um die Beherrschung der Oelquellen der Welt zurückzuführen. Und während in Genua die dort versammelten Staatsmänner mit rednerischen Redeblüten die Welt zu täuschen versuchten, sogen an Nebentischen die Oelbonze und sonstigen mit den russischen Vertretern, um die Rohstoffquellen im Russenlande in die Hände zu bekommen. Die Lausanner Konferenz droht fast scheitern, weil die einzelnen Länder sich um das Petroleummonopol Mossul nicht zu einigen vermögen. Die französischen Petroleurien auf dieser Konferenz bemühen sich, die vorderasiatische Petroleumfrage gegen Englands auszuspielen, um sie in der Reparationsfrage gegen Deutschland gefügiger zu machen.

Die Bedeutung, die das Erdöl bei allen internationalen Konflikten einnehmen konnte, kommt den Produkten Kohle, Erz und Eisen in der Reparationspolitik zu, deren Herre wir gegenwärtig sind. Wenn man die Weltkohlen Politerrse mit tiefer forschenden Augen betrachtet, dann wird man die Linien seiner Politik in der Richtung verfolgen können daß er danach trachtet, der erstarkten französischen Eisenindustrie das zu geben, was ihr fehlt: englische Kohle.

Der stärkste politische Faktor Frankreichs in der Gegenwart ist der französische Eisenhüttenverband. Die Organisation der französischen Eisenindustrie gliedert sich in 81 Bezirks- und Landesverbände mit insgesamt 6000 Mitgliedern. Wenn die Pläne des Eisenhüttenverbandes gelingen, dann wird die deutsche Ruhrkohle ein Ding sein, der zur Errichtung eines Trusts der Montan- und Schwerseisenindustrie unter französischen Protektorat notwendig ist. Dieser Trust würde gewaltige Ausdehnung haben, er würde 65 Prozent der europäischen Eisenproduktion und 70 Prozent der europäischen Kohlenproduktion mit allen Nebenprodukten umfassen.

Nun muß man, um die Nützlichkeit der französischen Politik richtig zu verstehen, die verschiedene Rolle der dortigen Eisen- und Stahlindustrie in Rechnung stellen. Die deutsche Schwerseisenindustrie war groß und mächtig geworden durch die günstige Verbindung in der sogenannten Minettebecken mit dem Saarkohlenbecken und dem Ruhrkohlenbecken. Aufsehenerregend unerschöpflichen Erzmassen und in naher Verbindung mit Saarkohle konnte eine ausgedehnte Produktion vor sich gehen. Der für die Hüttenbetriebe benötigte Koks wurde auf günstig angelegten Werken direkt vom Ruhrgebiet herangeschafft. Der billige und billige Brennstoffzweig war der Rhein, von Tag und Nacht Erz und Kohlenkämpfer stromauf- und stromabwärts gingen. Eigene Dampfertrottellen der Eisenwerke standen zur Verfügung. Die Werke in Rheinland-Westfalen und die im lothringischen Gebiet hatten sich auf eine weitgehende Arbeitsteilung eingestellt, so daß die deutsche Eisenproduktion einen gut aufgebauten Organismus gab. Diese Organisation und die natürlichen Energiequellen Kohle und Eisen, ermöglichten der deutschen Eisenindustrie, zum greifst ersten Faktor der Welt zu werden. Frankreich und England waren schon um die Jahrhundertwende überflügelt. Andererseits war die deutsche Schwerseisen- und Montanindustrie gezeigt durch monopolistische Unternehmungen (Stahlwerksverband usw.), Kohlensyndikat, Kohlenkontor, Stahlwerksverband usw.), wodurch ihre Stoßkraft noch erhöht wurde. Nicht zuletzt lagen in dieser einseitigen Entwicklung einiger Standortindustrien in Deutschland die Wurzeln des Krieges.

Es war natürlich, daß das siegreiche Frankreich seine günstige Position ausnutzen sich bemühte. Am bequemsten wäre die restlose Annexion des rheinisch-westfälischen Industriegebietes gewesen. Dieser Wunsch großer Kreise der französischen Eisenindustriellen konnte beim Friedensschluß nicht verwirklicht werden. Hingegen gelang die Beherrschung des lothringisch-luxemburgischen Industriegebietes und des Saarbeckens. Die ehemals deutschen Werke gelangten unter die Kontrolle der französischen Eisenindustriellen, die sich rasch bemühten, Organisationen zu schaffen, um diesen Angang an Produktionsobjekten zu bewältigen. Großkapitalistische Gesellschaften entstanden, geleitet und kontrolliert von den einflußreichsten Finanz- und Industriegruppen. So ist die Firma Schneider & Cie. in Creusot außerordentlich engagiert, u. a. kontrolliert sie die Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Dudelingen. Die neugebildete Gesellschaft Societe Metallurgique des Terres Rouges, ebenfalls von Schneider kontrolliert, führt der auch beispielsweise Kapital für. Sogar sich noch in den Besitz des Minettebeckens bei Aachen Gebietes.

So ist die Großindustrie der Westmarken organisatorisch gerüstet, den großen Hoppen zu verdauen. Die Rationalisierung des oberschlesischen Industriegebietes von Deutschland reicht sich würdig der einst Magnen Politik an. Es war klar, daß das aus dem Boden gestampfte Staatsschiffe, Posen, nicht in der Lage war, die Kräfte für die erfolgreiche Weiterführung des Industriegebietes aufzubringen. Deshalb setzte sich eine großzügige Kapitalsinvestation seitens französischer und belgischer Kapitalistengruppen ein. Die Rationalisierung des deutschen Gegners ist damit aber gewissermaßen erlangen, wenn man noch bedenkt, daß auch die Industrie der Tschechoslowakei von französischen Einflüssen durchsetzt ist.

Die französische Großindustrie strickt sich gewissermaßen an, auf Grund der Eigenschaften zum Weltmachtfaktor zu werden. Was ihr aber

war schon durch die Tatsache der Festsetzung der Summe in Papiermark von vornherein gänzlich illusorisch gemacht; um so mehr aber durch die Ereignisse der letzten Monate, die einen fortwährenden Wertsturz voraussehen, wie ihn vielleicht nur wenige bei am Erlös der Zwangsanleihe Interessierten vorausahnen. Durch diesen Wertsturz, der die Mark seit Annahme des Zwangsanleihegesetzes vom 100. Teil ihres Friedenswertes auf dessen 3000. Teil entwertete, wurden nicht nur die gezahlten Marktbeträge in unsäglich schlechterer Mark gezahlt, als man es beabsichtigt hatte, sondern es wurde auch gleichzeitig hierdurch die Prämie hinfällig, die man dem, wegen zahlte, die ihren Anteil früher als vor Ablauf des Zeichnungstermins abliefernden. Sie konnte in Anbetracht der Tatsache, daß man in ein, zwei oder drei Monaten höchstwahrscheinlich in viel schlechterer Mark, also einen absolut geringeren Betrag zahlen wurde, nur sehr wenige veranlassen, um einige Prozent zu sparen, schon Monate früher ihren Anteil abzuliefern. So ist denn der Nüberige Zeichnungserfolg der Zwangsanleihe, die im Juli 1922 ausgelegt wurde und bis zum März 1923 gezahlt werden muß, absolut und relativ alles ein Fiasko zu bezeichnen. Nachdem über die Hälfte der Zeichnungszeit vergangen ist, sind bis zum 20 November 1922) von den ausgebotenen 70 Milliarden Mark nur

2,8 Milliarden Mark gezeichnet worden.

Das bedeutet, daß relativ nur ein Fünfundzwanzigstel in derjenigen Zeit gezeichnet wurde, in der man die Zeitdauer von noch ist der Hälfte des Gesamtbetrages erwirkte und durch Einführung von Prämien zu erzielen versucht hatte. Daß die Summe des positiven, d. h. nicht in Papiermark ausgewiesenen Betrages noch viel geringer ist, geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor.

Einnahmen aus der Zwangsanleihe

Monat	in Millionen Papiermark	in Millionen Goldmark *)
Juli/August	1887,9	9,72
September	581,9	1,67
Oktober	256,4	0,33
1. bis 20. November	90,9	0,01
Zusammen	2819,1	11,71

*) Nach dem Dollardurchschnitt des Monats.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß, während die bis 20. November verzeichneten Einnahmen relativ ein Fünfundzwanzigstel des Gesamtbetrages ausmachen, diese positiv nur ein Achtzigstel des gewünschten Betrages erbrachten und daß selbst hier ebenfalls unsäglich Jahl ein noch viel traurigeres Bild ergeben würde, wenn nicht der allergrößte Teil der erzielten Summe bereits im Juli-August eingegangen wäre. Auch die relativen (d. h. Papiermark-) Einnahmesummen vom September ab zeigen zur Genüge die fast völlige Hinfälligkeit der Zwangsanleihe als Steuerquelle und die unbedingte Notwendigkeit einer schleunigen Revision des Gesetzes zum Zwecke der endgültigen Erzielung des ursprünglichen Betrages.

Im Durchschnitt der neun Zeichnungsmonate hätte je Monat eine Papiermarkeinnahme von 7,8 Milliarden Mark und im Grunde, selbst die Zwangsanleihe den gewünschten Erfolg hätte haben sollen, eine Goldmarkeinnahme von 66,7 Millionen Goldmark erzielt werden müssen. Im Vergleich dieser Zahlen mit den oben zusammengestellten zeigt deutlich die bisherige Erfolglosigkeit der Zwangsanleihe.

Es ist unbedingt notwendiger Wiederholung der Zwangsanleihe wird es notwendig sein, den Preis von 70 Papiermilliarden, aber auch die unsere Zeichnungsgrenze grundlegend zu ändern und vor allem durch eine mit der Geldentwertung derivierende Festsetzung der Zeichnungssumme an den verschiedenen Terminen die Finanzsicherung der Zeichnung infolge der Notwendigkeit eines weiteren Marksolles zu verhindern. Es steht heute noch nicht fest, welcher Weg zu diesem Zwecke beschritten werden wird und inwieweit Sicherungen, die bereits gegeben haben, je nach dem Termin der Zeichnung zu Nachzeichnungen verpflichtet werden.

Einer der hauptsächlichsten Gründe für die Erhärtung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die unerträgliche Art der Zwangsbeitreibung und -eintreibung.

Das Existenzminimum, die Löhne und neue Preissteigerungen.

Das Fortschreiten der Teuerung spiegelt sich in allen statistischen Berechnungen wider. Der wöchentliche Geldbedarf eines Ehepaares mit zwei Kindern in Berlin ist nach Kurzpuski vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Dezemberhälfte auf das 888,2fache gestiegen. Kartoffeln besaßen 350mal soviel wie vor neun Jahren, verlorenes Brot 60mal soviel, Zucker 750mal soviel, Milch 800mal soviel, Weizenpreis und Reis 900mal soviel, Bohnen 1100mal soviel, Reis und Margarine 1250mal soviel, Speck und Butterfett 1300mal soviel, Roggenmehl und Brot im freien Handel 1550mal soviel. Der wöchentliche Geldbedarf (Existenzminimum) einer vierköpfigen Familie bewegte sich nach Kurzpuski in folgender Entwicklungsreihe (Angaben in Mark):

	vor dem Kriege	28,80	1922	März	780,— + 162
1921	Januar	325,—		April	915,— + 135
	Februar	314,— — 9		Mai	945,— + 30
	März	300,— — 14		Juni	1190,— + 245
	April	281 — — 17		Juli	1761,— + 571
	Mai	265,— — 16		August	2596,— + 1135
	Juni	311,— + 46		September	4714,— + 2118
	Juli	324,— + 13		Oktober	7408,— + 2701
	August	339,— + 15		November	16271,— + 8863
	September	349,— + 10		Dezember	24894,— + 8623
	Oktober	346,— — 27		1. Novemberhälfte 1922	12228,—
	November	346,— + 125		2. „ 1922	19340,—
	Dezember	467,— + 46		1. Dezemberhälfte 1922	34386,—
1922	Januar	441,— — 9		2. „ 1922	36878,—
	Februar	527,— + 79			

In der zweiten Dezemberhälfte hatte der wöchentliche Geldbedarf nach Kurzpuski demnach bereits 25,000 ℳ überschritten! Unser Lohnminimum eines Zeitungsarbeiters hatte in der gleichen Zeit aber erst 14,100 ℳ pro Woche erreicht, ein Betrag, der auch kaum mehr ausreichend ist, wenn man nur das Existenzminimum eines kinderlosen Ehepaares berangiebt. Dieses berechnete sich nämlich in der gleichen Zeitspanne auf 19,381 ℳ pro Woche.

Ende Januar stehen wir mit unserem Mindestsollohn von 22,500 ℳ weit unter dem Existenzminimum der vierköpfigen Familie, wie es für Ende Dezember berechnet wurde.

Die Atempause in der schier unaufhaltsamen Preisjagd, wie sie sich aus obigen Ziffern der zweiten Dezemberhälfte ergibt, ist jedenfalls recht kurz gewesen. Der ganz kurze, vorübergehende Stillstand der Großhandelspreise Anfang Dezember der die Großhandelsindexziffer des Dezember beeinflußt, ist spurlos an der unaufhaltsamen Steigerung der Kleinhandelspreise vorübergegangen.

Am 16. Januar 1923 wurde der Dollar bereits 16,000 ℳ bewertet. Die Großhandelspreise haben aber schon vorher gewaltige Sprünge nach oben gemacht. Den Anfang machte wieder die Kohle. Der Reichskohlenrat beschloß den Kohlenpreis für Rheinland-Westfalen um 10.185 ℳ per Tonne Förderkohle ohne Steuer zu erhöhen. Das bedeutet eine Steigerung von etwa 67 Prozent. Die Brotpreiserhöhung, die Erhöhung der Frachten und der Postgebühren hätten an sich schon wieder einen unerhörten Preissprung auf der ganzen Linie nach oben bewirkt; der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet hat dem Fäß den Boden ausgeschlagen: dieser Gewaltakt bedeutet den Untergang des bisherigen Wertmaßes für Preise und Lebenshaltungskosten.

Den etwaigen künftigen Fortgang der Wertentwertung wiederum unzulässigerweise in ähnlicher Eile vorwegnehmend, wie es auch im Holz- und Textilgewerbe an vielen Stellen geschah, hat der Richtpreisausschuß des Stadtbundes die Preise für Wäschesäume bereits erhöht, daß der Stabelienpreis sich nunmehr auf 313,900 ℳ pro Tonne gegen bisher 270,000 ℳ stellt. Der Vorkriegspreis war 97—99 ℳ. Der Preis am 1. Dezember 1921: 5030 ℳ. Der Richtpreis für Weizenmehl der Süddeutschen Mühlenvereinigung, der am 19. Dezember auf 50,000 ℳ pro Doppelzentner stand, besserte sich am 19. Januar bereits auf 72,000. Der Großhandelspreis für Butter wurde am 15. Januar um 500 ℳ pro Pfund heraufsetzt. Das ist aber erst der Anfang der neuen ungeheuren Preiswelle, die in den letzten Tagen nunmehr im Großhandel allgemein einsetzte. Am 16. Januar hatte der Dollar eine Bewertung von 25,700 ℳ erfletzt. Wirtschaftlich bedeutet das den Sturz in den Abgrund. Denn nun setzt erst die hemmungslose Preiswertschraubung nach oben ein. Eine harte Prüfung für die Bevölkerung, deren Einkommen bisher schon so ungenügend den Preissteigerungen gefolgt ist, steht bevor.

Nach dem Kaufkraft-Index der „Industrie- und Handelszeitung" ermitteln die Preise gegenüber der Vorkriegszeit:

vom 21. Oktober	bis	27. Oktober	bis	781,15 fache
„ 28.	„	3. November	„	869,00 „
„ 26. November	„	1. Dezember	„	1595,59 „
„ 9. Dezember	„	15. „	„	1792,92 „
„ 30. „	„	5. Jan. 1923	„	1798,09 „

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Schuhindustrie.

Am Jahresschluß 3519 Arbeitslose, 63,796 Kurzarbeiter.

Während zur Arbeitslosenstatistik für das vierte Quartal 1922 235 Zahlstellen rechtzeitig berichteten, versäumten 119, darunter Köln, ihre diesbezügliche Berichterstattungspflicht. Die berichtenden Orte zählten am Stichtage (30 Dezember 1922) 55,596 männliche und 45,423 weibliche, zusammen 101,519 Mitglieder. Die säumigen Orte hatten nach der Abrechnung des 3. Quartals 8005 männliche und 5245 weibliche, zusammen 13,246 Mitglieder, so daß die Gesamtmitgliederzahl 114,365 betrug.

Die Berichtsorte zählten am Zählungstermin des Dezember insgesamt 1940 männliche und 1579 weibliche, zusammengesetzt 3519 Arbeitslose, das sind 3,5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, gegen 1,0 Prozent im Vorquartal und 2,6 Prozent im Vormonat. Arbeitslosentage waren zu verzeichnen für männliche Mitglieder 61,274, für weibliche 50,159, zusammen 111,433 im Quartal. Unterstützung aus der Hauptkasse erhielten 1896 männliche Mitglieder für 27,984 Tage 1,971,492 ℳ und 1350 weibliche für 23,407 Tage 1,195,196 ℳ. Zusammen kamen demnach an 3186 Mitglieder für 51,391 Tage 3,166,688 ℳ an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung, gegen 227,726 ℳ im Vorquartal.

Sämtliche Ziffern bestätigen eine verhältnismäßig starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, die geradezu katastrophal wirken würde, wenn nicht die bereits durch Betriebseinschränkungen und Kurzarbeit viele Wirkung gemildert würde. Die Kurzarbeit hat gegenüber dem letzten Berichtsmonat weiter beträchtlich an Umfang zugenommen, wie die unten folgende Gegenüberstellung der Monatsziffern ergibt.

Nach Landesbezirken verteilt sich die Arbeitslosigkeit am Jahresschluß im Berichtsjahr folgendermaßen: Berlin-Brandenburg 13,1 Arbeitslose auf je 100 Mitglieder gegen 1,3 im Vorquartal; die gleichen Ziffern stellen sich: Ost- und Westpreußen-Pommern 11,8 (2,1), Westfalen, beide Lippe 6,8 (2,3), Schleswig-Holstein-Hansestädte-Mecklenburg 6,6 (2,6), Hannover-Braunschweig-Bremen 4,2 (1,9), Rheinland-Sachsen 3,6 (1,1), Schlesien 3,0 (2,2), Thüringen 2,9 (0,5), Bayern mit Pfalz 2,7 (0,6), beide Hessen 2,3 (0,3), Rheinprovinz-Hirzenfeld 1,7 (0,6), Provinz Sachsen Anhalt 1,5 (0,9), Württemberg-Baden-Hohenzollern 1,0 (0,2).

Der Bericht über Kurzarbeit ergibt folgendes Resultat: Es arbeiteten verkürzt am Schlusse des Dezember:

um 1—8 Stunden 111 Betriebe mit 5093 mit. 5711 wl. zus. 10,744	= 10,6% (9,4 im Vormonat)
um 9—16 Stunden 282 Betriebe mit 13,514 mit. 12,184 wl. zus. 25,728	= 25,5% (13,1 im Vormonat)
um 17—24 Stunden 292 Betriebe mit 9561 mit. 9712 wl. zus. 19,278	= 19,8% (14,9 im Vormonat)
um 25 und mehr Stunden 25 Betriebe mit 4256 mit. 3792 wl. zus. 8048	= 8,0% (9,3 im Vormonat).

Nach diesem Ergebnis standen unter Kurzarbeit 63,796 Personen.

Der Hauptort Pirmasens war leider nicht in der Lage, mit zuverlässigen Zahlen berichten zu können, mußte daher über außer Betracht bleiben. Nach Meldungen der Tagespresse haben bereits 25 Betriebe ihrem gesamten Personal gekündigt, was tragischen leider wirklich geschehen sein dürfte. Ebenso fehlen uns von Köln Angaben über die Kurzarbeit. Die Tatsache, daß nunmehr auch die größten und leistungsfähigsten Unternehmungen zu bedeutenden Betriebseinschränkungen gezwungen sind, läßt befürchten, daß es Zeitzu noch weiter an Ausdehnung gewinnen.

Während so tausende fleißige Hände zum Feiern gezwungen werden, erleben die Schornsteiner im Reichstag Ruhe nach „mehr Arbeit" und heben gegen den Achtstundentag. Ein trauriger Ausdruck kapitalistischer Interessen- und Wirtschaftspolitik.

Aus unserem Berufe.

Neue Lohnforderungen.

Mit Rücksicht auf die Lage haben sich die Arbeiterverbände der Schuhindustrie veranlaßt gesehen, mit neuen Lohnforderungen an die Verbände der Schuhfabrikanten heranzutreten.

•

Vom Häute- und Ledermarkt.

Auf den Häute-Auktionen in Frankfurt a. M. am 11. Januar auch vorher an den Auktionen in Erfurt, Berlin und Stuttgart hielten die Hausse, welche am 5—16. Januar gleichzeitig auch um 15 Prozent. Kalbfelle ohne Kopf wurden in Stuttgart mit 3680 bis 3200 ℳ pro Pfund bezeichnet, feinste Rindchaute mit etwa 1475 ℳ. — Am Ledermarkt wurden vor dem 10. Januar für Rahmsohl- und Backleder 10,500—10,800 ℳ pro Kg. verlangt. Diese Preise wurden zunächst nicht abgelehnt. Umgesetzt wurden im Großhandel Bildvachleder in guten Marktsortimenten zu 6000—6500 ℳ pro Kg., Zahnvachs- und Sohlleder zu 7000 ℳ pro Kg. und etwas darüber, während sich die für Zahnvachsroupons erzielten Preise zwischen 9000—9500 ℳ und für Bildvachs- und Sohlledercroupons zwischen 8500 bis 9000 ℳ pro Kg. bewegten. Am Chevreauxmarkt notierte man Chevreaux in farbig zu 4000—4500 ℳ pro Quadratfuß, in schwarz zu 3200—3600 ℳ, Boxfalb in farbig zu 3700 bis 4000 ℳ, in schwarz zu 3000—3200 ℳ, Rindboxx in farbig zu 2500—2800 ℳ und in schwarz zu 2000—2400 ℳ. Roßchevreaux kam es auf der Preisbasis von 1800—1900 ℳ pro Quadratfuß zu verschiedenen belangreichern Umsätzen. Gute Kaufluft bestand auch für Chevreaux-Imitationen, die in fehlerfreien Sortimenten 1700—1800 ℳ pro Quadratfuß notierten.

•

Vom Schuhwaren-Außenhandel.

Im September 1922 kamen 670,373 Paar Schuhe aller Art (ausgenommen Hausschuhe und Pantoffel, sowie Schuhe mit Holzsohlen) zur Ausfuhr gegen 444,015 Paar im August. Im Oktober erreichte die Ausfuhrziffer 617,903 Paar. Vom Januar bis Oktober betrug die Ausfuhrziffer 5,705,987 Paar. Hiervon gingen nach Dänemark 792,129 Paar, nach Holland 1,099,496 Paar. Im Vergleich mit den Ergebnissen einer Produktionserhebung des Verbandes der Schuhfabrikanten beträgt die Gesamtausfuhr höchstens 5 Prozent der Gesamtproduktion der Einzelindustrie.

An Pantoffeln und Hausschuhen wurden ausgeführt im August 67,850 Paar, im September 92,869, im Oktober 122,054 und Januar bis Oktober 921,909 Paar.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Burghausbladt. (Jahresrückblick.)

Die Ortsgruppe Schuhindustrie hat sich auch im Jahre 1922 weiter ausgebaut, entwickelt und hat im Berichtsjahr, mit Ausnahme der letzten beiden Monate aus bestehlt. Mit fünf Betriebe haben ihre Beschäftigungsstatt erhöht; drei Betriebe haben durch Neubauten Vergrößerungen erfahren. Im Monat Oktober waren beschäftigt: 552 Arbeiter, 408 Arbeiterinnen und 108 Angestellte. Von den 552 männlichen Arbeitern waren 80 unter 16 Jahre, 172 im Alter von 16 bis 21 Jahren und 299 über 21 Jahre alt; von den 408 weiblichen waren in der Altersklasse unter 16 Jahre 97, 16—21 Jahre 155 und über 21 Jahre 156. Gegen 1921 hat sich die Zahl der männlichen Arbeiter um 148, die der weiblichen um 85 erhöht, die Angestellten ist um 235 gestiegen.

Die Entwicklung unserer Organisation ist demgegenüber leider im Rückgang geblieben, was auf eine gewisse Lässigkeit in der Kontrolle zurückzuführen dürfte. Auch muß konstatiert werden, daß ein gewisser Teil der Arbeiterschaft weder durch die kümmerlichen Zeitverhältnisse, die eine rechtzeitige Zahlungsentrichtung oder Arbeiter notwendig machen, noch durch sachliche oder mündliche Aufklärung beleuchten lassen will. Die wollen keine Opfer bringen, aber sie haben die Erfolge der Gewerkschaft ein, ohne nur bei ordentlicher Zahlungsweise zu zahlen. Die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle hier im Jahre 1922 auf 817 gegen 713 im Jahre 1921. Hiervon waren weibliche 207, männliche 610.

Der Kassenbestand unserer Zahlstelle hat dieser Bestand als unbedeutendes bezeichnet werden. Viele Zahlstellen und die sich anderweitig erhöhenden Anforderungen an die Zahlstelle führten in der Generalversammlung am 1. Januar 1923 zu dem einstimmigen Beschluß, ab 1. Januar 1923 Lokalbeiträge in Höhe von 10 bzw. 20 ℳ wöchentlich zu erheben, um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage der Arbeiterschaft hat der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, die an den Gewerkschaften große Aufgaben, zu denen unter anderen die Unterstützungen in größerem Ausmaße gehören. Solche Notfälle können leider jeder Zeit eintreten, wo eine Familie von einem Sterbefall betroffen wird oder die Berufsunfähigkeit in den Nöten des Hinterbliebenen hart entgegenkommen. Die nächste Mitgliederversammlung wird sich daher mit der Errichtung einer Lokalsterbekasse zu beschäftigen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen hat das Berichtsjahr eine weiterhin Berichterstattung der Arbeitslosigkeit für die Arbeiterkasse gebracht; die relative Teuerung machte es notwendig, daß die Löhne gegen Ende des Berichtsjahres sich monatlich steigend veränderten. Der Mindestlohnsatz eines männlichen Arbeiters über 21 Jahre betrug am 1. Januar 1922 9,67 ℳ, am 31. Dezember 1922 264,— ℳ, das ist das 27fache.

Die Löhne konnten trotz aller Bemühungen der Gewerkschaften mit der Teuerung nicht Schritt halten. Die auf ein Minimum erfolgende Kaufkraft der Bevölkerung hat in einer Reihe Kritik in der Schuhindustrie geführt. Seit Anfang November 1922 wird in den dortigen Schuhfabriken meist nur noch an 4 Tagen in der Woche gearbeitet. Eine Besprechung der Zahlstelle mit den Herrn Fabrikanten ergab, obwohl an einen anderen Industrieorten eine solche gewacht wird. Auf eine Eingabe bzw. 15. November betreffs Gewährung einer Wochenabschlagszahlung in der Zeitungsabteilung wurden die Arbeiter-Organisationen nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Derselbe Kollege hat Anfang November 1922 gekündigt, worden verschiedenen behandelt und anschließend Angebote leistete der Fabrikanten nicht gemacht. Man wird daher die erhöhte Stimmung der betreffenden Arbeiterschaft verstehen können, die sich zu gegebener Zeit entsprechend auswirken wird. Den Berichterstatter wird unter diesen Umständen die Geduld an unter Aufgaben Arbeiter gerecht und um Zeit zur verfügen. Es bedarf daher der besonderen Zusammenarbeit und Tätigkeit aller Verbandsmitglieder, um das Ziel gemeinsame Ziele erfolgreicher zu erreichen. Unseren Mitgliedern mit Kenntnis, daß alle Unterstützungen der neue Leiter, Kollege Georg Reim, Gb.-Str. 244, ausbezahlt.

Die Geschäftsstelle.

•

8-Stunden-Tag. (Jahresrückschau.)

Im vorbeigegangenen Jahre hatten wir über glänzende Erfolge berichten können. Nahm die Zahlstelle hier zu 1600 auf 2229 gestiegen war, konnte in etwa 40 Fällen der Tarif ein Geltung verschafft werden, der noch zu unterschreiten dürfte unmöglich wurde. Im dem Lohnverhältnissen konnten wir uns behaupten mit anderen Berufen messen. Das Jahr 1922 hat sich entwickelt auf an. Der Zahlstelle im Reiche Bayern die Arbeitszeitverordnung aufgehoben wurde, wurde unseren neuen Bestimmung nicht beteiligte, so brachte der Tarif trotz auch einige Vorteile um die sicher verzeichnet geblieben werden. Der Anspruch der Unternehmer auf die 48-stündige Arbeitswoche wurde abgeschlagen werden. Immerhin mußten die Betriebe die Arbeitszeit geändert werden. Es ist einer Kundgabe in unserer noch ein Betrieb vorhanden, der dieser Bestimmung noch nicht voll und ganz entspricht. Der „Schuhmacher" 19 im Tarif ist unzugeteilt worden, in der Verfassung für Arbeitszeitdauer wurde eine Regelung getroffen.

Schon erfolgten die Unterschriften der Arbeitgeber dem Kampf um die Anerkennung des Tarifes. Es gab Tatsachen wegen der Nichtbeachtung des Streikbrechertum. Das Ziel um die Lohnverrechnung am Kampfe, um die Arbeitgeber der Gewerkschaft, um die Verantwortung für die Zeit des Aufbaues einer Arbeiter. Man verwarfen den alten wohl durch Arbeitsnachweis in der Fabrik und gleicher Bezahlung. Kontakt zogen anbieten zu können als Gesellschaftsteilen. Alles das hatte zu sicher unendlichen Klassenkampfen vor den Tarifkommissionen. Die Firma Fischer-Jungbolz kam mit ihrer neuen Gesellschaftsordnung der Gewerkschaftsbewegung nicht durch. Vor der Tarifkommission mußte sie in eine Rechnung und Grundlage der Löhne um zum 8-Stunden-Tag entwickeln. Einer Betrieb, die über 10 Prozent über dem Tarif verdiente, konnte dieser Vorteil auch nach der Lohnverrechnung erhalten werden. Arbeitslosen ist durch diese Art der Umrechnung der Lebensgenuß im Leben zu vielleicht dessen geschärft worden, als die Mitglieder bereits an Beiträge zu zahlen haben. Wenn vielleicht die

entsprechen nicht so Wagen wie die Löhne an und für sich. Es ist das auf jeden Kollegen bezüglich, der mitunter in geradezu kindischer Weise [illegible] wollen und behaupten nicht eigentlich zum Schuhmacher zu gehören. Den Schaden haben die Nebenbetriebe und es wird ihr die Kollegen nie anerkennen, der unserer Kraft der Gesamtheit der Kollegen behaften, um fruchtbare Auswirkungen zu erzielen. Gelingt das nicht so wird es der Organisation schwer werden, an geschwerter Zeit den katastrophalen Auswirkungen der Inflationen entgegenzu treten.

Eine eigenartige Erscheinung ist der Mitgliedschaft erzeugt, daß im Durchschnitt der Verdienst der Beiscsfolgen 10 Prozent über dem Tarife lag. Im einzelnen ergeben sich Schwankungen und Unterschreitungen als Beschlüsse im Gesamtbetrag in 50 Prozent über dem Tarif. Ohne ein Urteil der Arbeiter sich unter Zeitlohn, sehr häufig an den Tarif-Mindestlöhnen. Damit wird das Fortschwärzlich gewordene Gleich im Ergebnisse zu bezeichnen. Die monatlichen statistischen Nachweisungen des sächsischen Ministeriums legen dar, daß das Erzgebirge unter die zensierten Gebiete, durch dem belegten Gebiet, eingestellt ist; leidet die Industrielleren von Großhäuben werden hier überschritten. Aus diesen Gründen wird eine Verschiebung des Erzgebirges in eine höhere Ortsklasse tarifisch für notwendig erhalten.

Zurzeit ist auch das dieser Gebiet von dem schrecken Geschäftsgang ergriffen. Seit Wochen wird mit Mühe ihnen weniger Fabrikten bereitet gearbeitet, und zwar nur 40 bzw. bis herab zu 24 Stunden in der Woche. Die Kurzarbeitsentgeltung wurde lohnstatistisch erfolgt. Gezahlt werden im Durchschnitt für jede unter 40 Stunden ausfallende Zeit die Hälfte vom jeweiligen Ortslohn für verbrauchte und höchstens 33 Prozent für Zeiten, die an mindestens über 21 Stunden, zurzeit rund 200 ₰ die Stunde. Eine Ausnahme machen die Firmen Fischer & Co., Glertreten und Gehner in Stollberg, welche nichts zahlen. Außerdem die Firma Fischer (Hohnstein), welche sich auf die Zahlung der Oppenfurter Löhne, die bekanntlich niedriger sind, beschränkt. Durch Arbeiterfreundlichkeit beim Unternehmertum nicht sehr hart behandelt ist, wurde wieder einmal bewiesen durch das Vorgehen eines Großhandwerkers, der verlangte, die tariflichen Einzelbezüglichkeiten der in seiner Fabrik alt und grau gewordenen Arbeiter zu kürzen. Der Versuch wurde durchgewiesen. Der Vorstand ist auch eine der Stichproben dafür, was die Arbeiter zu erwarten hätten, wenn sie, nicht organisiert, den Fabrikanten wehrlos gegenüberstünden. Die Arbeit der Organisation in Verbindung mit den Vertrauensleuten über die Wahrung der Tarifbestimmungen zu machen, ist nicht abgeschlossen. Der Verband hat sich auch öffentlich betätigt. An wiederholten Eingaben an den R. D. A.-B. sowie an das Reichsfinanzministerium ist die Erhöhung der Wertzuschläge und Familienzulage von der Lohnfrauer beantragt worden. Die letzte forderte die notlindende Betreiung der Kinderarbeiter von der Fabrikbauer gemäß § 116 der Abgabenordnung überhaupt. Ein Bescheid ist noch nicht eingangen.

Unsere Versammlungen sind, seit der Inflationszeit aufgehoben und aus der Lokalkasse Lokalmiete gezahlt wird, gut besucht geworden. Ein Bildungskursus mit dem Kollegen Hoch als Lehrer fand eifrigsten Anklang. Die Mitgliederzahl ist um rund 150 Personen größer geworden. Die Firma G. u. M.-Köhnig hat auch dieses Jahr sich vergrößert, eine Fabrik Ehrhardt & Trommler in Dundeln ist zurzeit noch im Bau begriffen. Doch der monatliche Geschäftsgang verzeichnet leider, der Gegenbeleg hat, der Schwindsucht den Rücken zu kehren. Die Umrechnungen wurden 1922 rund 100.000 ₰ ausgezahlt und an die Hauptkasse 3½ Millionen Mark abgeführt. Der Lokalstellenbedarf hier von 30.000 ₰ 1921 auf 315.000 ₰ am 31. Dezember 1922. Die Reichen sind im Konkurrenzkampf zum letzteren Gebrauch angeleitet. Trotze ist der wirtschaftliche wie der politische Horizont. Der Vertrag von Versailles liegt wie ein schwerer Alp auf unseren Gemütern, doch verbitterter wirkt noch das Treiben der Großkapitalisten im Reiche, welche immer wieder betreibt sind, alle Lasten, auch die der Reparationen, auf die Schultern der arbeitenden Massen zu laden. Verbittert ist die Haltung der Mehrheit des Reichstags, der seit vor Jahren wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokratie die lebhafte Erhöhung der Kriegsbeiträge beschloß. Verbittert wirkt die Neuerungspolitik, den Arbeitsamts- und Arbeitslosengesetzen einen arbeiterfeindlichen Charakter zu geben, in der Reichseinkommensteuer den Armen zu pfänden, den Reichen aber zu schonen. Wird entfernt haben, ein technisch, finanziell Wunder zu verfassen, und doch mit aller Deutlichkeit auf die Stimmung in den Gewerkschaften hinarbeiten werden, die solchen zweierlei Maß hervorgerufen hat. Sind nicht wie es die Wirre schaffen, die 60 Prozent der Steuern aufbringen, die Schultern, auf denen der ganze bürgerliche Staatsbau ruht? Eben weisen sich Stimmen gegen den Spitzenabbau. Dumpf grollt es im Volke, und wehe denen, die blind die Zeichen der Zeit nicht verstehen, um in andere Bahnen einzulenken.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Landeslohntarif

für das Schuhmachergewerbe im Freistaat Sachsen.

Gültig ab 16. – 31. Januar 1923.

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	
männl.	410.—	406.—	402.—	398.—	über 21 Jahre
	400.—	396.—	392.—	388.—	19—21 „
	390.—	386.—	382.—	378.—	unter 19 „
weibl.	360.—	356.—	352.—	34.—	über 21 „
	350.—	346.—	342.—	338.—	19—21 „
	330.—	326.—	322.—	318.—	17—19 „
	306.—	301.—	297.—	293.—	15 17 „

Akkordtarife werden wegen zu hoher Kosten nicht zum Druck gegeben.

Bezirkstarif der Schuhmacher für Niedersachsen.

Nachdem in der Verhandlung am 27. Dezember eine Einigung mit den Vertretern der Arbeitgeber nicht erzielt werden konnte, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. In dem ersten Termin am 8. Januar konnte eine Entscheidung nicht gefällt werden, weil einer der unbeteiligten Arbeitgeberbeisitzer nicht zur Stelle war. Am 15. Januar wurde dann folgender Spruch gefällt: Vom 1. bis 15. Januar 250 ₰ und vom 16. bis 31. Januar 356 ₰ als Spitzenlohn in Ortsklasse 1. Die Arbeitgeber lehnten diesen Spruch ab, weil sie die Nachahnung dagegen der Arbeitgeber nicht verantworten wollten. Es kam dann eine Verbindung zustande, wonach der Spitzenlohn vom 1. bis 15. Januar 300 ₰ und vom 16. bis 31. Januar 360 ₰ beträgt. Dies bedeutet einen prozentualen Aufschlag vom 1. bis 15. Januar von 1479 Prozent und vom 16. bis 31. Januar einen solchen von 1900 Prozent auf die Grundlöhne der Ortsklassen. Nach der Umrechnung ergeben sich folgende Stundenlöhne:

Vom 1. bis 15. Januar:

	1. Ortsklasse mk.	2. Ortsklasse mk.	3. Ortsklasse mk.	4. Ortsklasse mk.	5. Ortsklasse mk.
über 20 Jahre	300.—	285.—	315.—	270.—	255.—
unter 20 „	270.—	255.—	240.—	225.—	210.—

Vom 16. bis 31. Januar:

	1. Ortsklasse mk.	2. Ortsklasse mk.	3. Ortsklasse mk.	4. Ortsklasse mk.	5. Ortsklasse mk.
über 20 Jahre	360.—	339.—	381.—	321.—	342.—
unter 20 „	342.—	327.—	336.—	306.—	291.—

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die die Entschädigung dieser Löhne Sorge zu tragen und wenn sich Arbeitgeber weigern, die Nachzahlung zu leisten, uns dies mitzuteilen. Die Bezirksleitung.

Landestarifvertrag für Groß-Thüringen mit Einschluß des Stadt- und Landkreises Erfurt.

Die Stundenlöhne betragen für die Zeit vom 13. – 19. Jan. für Arbeiter

	über 21 Jahre	19—21 Jahre	unter 19 Jahren
Ortsklasse 1	Mk. 330.—	Mk. 297 —	Mk. 280.50
„ 2	„ 329.70	„ 296.70	„ 280.20
„ 3	„ 329.40	„ 296.40	„ 279.90
„ 4	„ 329.10	„ 296.—	„ 279.60

für die Zeit vom 20. – 26 Januar:

	über 21 Jahre	19—21 Jahren	unter 21 Jahren
Ortsklasse 1	Mk. 350.—	Mk. 315.—	Mk. 297.50
„ 2	„ 349.70	„ 314.70	„ 297.20
„ 3	„ 349.40	„ 314.40	„ 296.90
„ 4	„ 349.10	„ 314.10	„ 296.60

Landestarifvertrag für die Provinz Sachsen.

Die Stundenlöhne betragen für die zweite Januarhälfte für Arbeiter

	in Lohnklasse 1	in Lohnklasse 2
Ortsklasse 1	Mk. 330.—	Mk. 328.50
„ 2	„ 329.70	„ 327.80
„ 3	„ 329.60	„ 327.10
„ 4	„ 327.90	„ 326.40

Wir fordern die Kollegen auf, dafür Sorge zu tragen, daß diese Stundenlöhne überall restlos gezahlt werden. Die Bezirksleitung.

Kollegen! Seht auf richtige Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes!

Verbands-Nachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 21. bis 27. Januar der 4. Wochenbeitrag fällig ist.

•

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachfolgenden Zahlstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle	Beginn	Wöchentlicher Extra-Beitrag Mark									
		mk.	mk.	mk.	mk.	mk.	mk.	mk.	mk.	mk.	mk.
Arnstadt	1. Jan	3.—	4.—	6.—	8.—	10.—	12.—	14.—	16.—	18.—	20.—
Aschaffenburg	20.	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Calau	6.	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Cöbitz	1. Febr	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—
Dresden	11.	15.—	15.—	30.—	30.—	45.—	45.—	60.—	60.—	75.—	75.—
Eßlingen	24. Jan	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Fahrenau	1.	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—
Fürstenwalde	1. Febr	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Hirschberg	1. Jan	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Hanau	1. „	20.—	30.—	30.—	30.—	40.—	40.—	40.—	40.—	40.—	40.—
Hannover	1. „	15.—	30.—	30.—	45.—	45.—	60.—	75.—	90.—	90.—	105.—
Karlsruhe	1. „	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Kornwestheim	1. „	10.—	10.—	18.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Königsberg	1. Febr	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Kronach	1. Jan	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—	4.—
Langebrück	1. „	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Lugau	1. „	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Mannheim	1. „	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Mühlhausen	1. Jan	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Peine	1. Jan	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Neu-Ingolstadt	1. Febr	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Seifhennersdorf	1. Jan	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Siebenlehn	1. „	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Schlettau	1. Febr	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Schmölln	1. Febr	5.—	5.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Waldheim	1. Jan	5.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Wernsdorfthrom	1. „	10.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—
Worms	1. „	—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—

Der Zahlstelle Hannover wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, von den Mitgliedern in den verschiedenen Beitragsklassen jeweils 25 ₰ des geltenden Beitrages als Lokalbeitrag pro Mitglied und Woche zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Absatz a nach sich zieht.

•

Versand des Abrechnungsmaterials.

Das Abrechnungsmaterial nebst den Beitragsmarken für den Monat Februar haben wir bereits versandt und wird dasselbe inzwischen in die Hände der Bevollmächtigten gelangen. Diesem Abrechnungsmaterial ist auch ein wichtiges Rundschreiben beigefügt, auf welches wir die Ortsverwaltungen ganz besonders aufmerksam machen. Wir ersuchen, dieses Rundschreiben streng zu beachten.

Nürnberg, 20. Januar 1923. Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Lokalsterbekasse des Zentralverbandes der Schuhmacher, Zahlstelle Pirmasens.

Eine am 17. Januar stattgefundene Generalversammlung hat sich mit der Neufestsetzung der Beiträge und den Unterstützungssätzen beschäftigt und eine zeitgemäße Erhöhung derselben vorgenommen. Es wurde beschlossen, eine Verzehnfachung des bisherigen Beitrages und der bisherigen Sterbegelder eintreten zu lassen. Demgemäß beträgt der Beitrag nunmehr 50 ₰ pro Woche. Die gleiche Erhöhung der Sterbegelder ergibt folgende Unterstützungssätze:

bis zur 1jährigen Mitgliedschaft	₰	18 000.—
nach einer 1 „	„	24 000.—
„ „ 2 „	„	36 000.—
„ „ 3 „	„	47 000.—
„ „ 4 „	„	62 000.—
„ „ 7 „	„	77 000.—
„ „ 10 „	„	92 000.—
„ „ 15 „	„	100 000.—
„ „ 20 „	„	120 000.—

Die Erhöhung des Beitrages tritt am 1. Februar in Kraft, während die neuen Unterstützungssätze ab 1. März in Kraft gesetzt werden. Die Aufnahmegebühr sowie die Anerkennungsgebühr für die Ehehalfte betragen ab 1. Februar je ein Wochenbeitrag.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen im Februar.

Augsburg, Montag, 5., abends, in der „Gesellschaftsbrauerei", Georgengasse (Schwabenviertel).
Augsburg, Montag, 12., abends, in der „Gesellschaftsbrauerei", Georgengasse.
Baiersdorf, Montag, 5. und 19., abends 7 Uhr, bei Holzmann, Löwenstr. 1.
Bernau, Freitag, 9., im Gerstbräukeller.
Bremerhaven, Montag, 5., im Werftbräukeller.
Bremen, jeden ersten Montag im Monat, abends halb 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Kaiserstr. 56/60. Erstmal am 5. Februar.
Cottbus, Montag, 5., abends ½8 Uhr, im „Volkshaus", Stadt Straße.
Cuxhaven, Montag, 5., bald 7 Uhr, im „Tivoli".
Darmstadt, Montag, 5. und 19., abends 8 Uhr, bei Beyle, Bismarckstr. 25.
Düsseldorf, Montag, 12. und 26., 8 Uhr, im „Volkshaus", Klingerstr. 11, Zimmer 4.
Duisburg, Montag, 5., abends ½8 Uhr, bei Mentz, Kiefernstr. 39.
Durlach, Montag, 5., nach Geschäftsschluß, im Gasthaus „zum Schwanen".
Engersleben, Mittwoch, 7., abends halb 8 Uhr, im Lokal „Engelsmühle".
Stadtplan.
Eisleben, 12. und 26., im Vereinslokal.
Emden, Mittwoch, 7., abends 8 Uhr, in Gerrels Kindhaus.
Erfurt, Montag, 5., im „Reichsadlerschen Hof", Johannisstr. (Schoßhof).
Essen a. d. Ruhr, Montag, 5. und 19., abends 8 Uhr, bei Hartung, Kaiserstraße 62.
Eßlingen, Montag, 12., abends 7 Uhr, im Lokal „Schwarzes Roß".
Forst (Lausitz), Dienstag, 13., abends 7 Uhr, bei Otto, Kantstr. 6.
Frankfurt a. M., Montag, 5. und 19., im „Gewerkschaftshaus" (Schuharbeiter).
Greifswald (Sa.), Donnerstag, 22., abends halb 8 Uhr, im Rest. „Union".
Greiburg Brsg., Montag, 5. und 19., abends 8 Uhr, in der „Stadt Sebau", Kr. Sedan- und Weitestraße.
Grickenhausen, Mittwoch, 7., im Gasthaus „Zum Löwen".
Hirschwalde, Montag, 5., abends halb 8 Uhr, in der „Wilhelmshöhe", Gorzyerstraße.
Gera, Sonnabend, 3., abends halb 8 Uhr, in Michels Lokal, Greizer Straße.
Gießen, Montag, 5., im Vereinslokal.
Glatz, Mittwoch, 7., abends halb 8 Uhr, im „Bürgerl. Brauhaus", Taubenstraße.
Glauchau, Sonntag, 4., bald 11 Uhr vormittags, im Hotel „zur Linde", Versammlungszimmer.
Gießen, Montag, 5., abends, im Vereinslokal.
Görlitz, Montag, 5., abends 8 Uhr, im Restaurant „Union", Langenstraße 62.
Gudem, Montag, 5. und 19., in Dörfling's Bierhaus, Crossener Mauer.
Halberstadt, Montag, 12., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Hannover, Montag, 12., halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Nikolaistraße 7 (Mannstunsklub).
Hamburg, Montag, 26., im Gewerkschaftshaus, großer Saal.
Harburg, Montag, 5., abends 8 Uhr, im „Forsthaus".
Heidelberg, Montag, 12., abends halb 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Mannschaft).
Karlsruhe, Montag, 12. und 26., abends 8 Uhr, im „Schützengarten", Hammerschmiedstraße.
Kiel, Montag, 5. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Köln a. d. R., am 13. Betriebsversammlung.
Köslin, Dienstag, 13., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Konstanz, Montag, 5. und 26., 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Leipzig, Freitag, 2., abends 8 Uhr, im Lokal „Neue Sorge", Brühnerstraße 2.
Lübeck, Sonntag, 4., vorm. bald 10 Uhr, im Gasth. „Zur Palme", Wallstraße.
Luckenwalde, Mittwoch, 21., bald 9 Uhr, im Lokal Gerhardt, Berlinerstr.
Lübed, Dienstag, 6. und 20., bald 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Schauenburgerstraße.
Lugau, Sonntag, 4., abends 7 Uhr, im Schwabes Restaurant.
Mainz, Montag, 5., abends 8 Uhr im „Goldenen Pflug", Flandhundsgasse.
Meiningen, Donnerstag, 1., abends halb 8 Uhr, in der „Traube", Jacobswiesterstraße.
Mitweida, Montag, 12., bald 6 Uhr, im „Rosengarten".
Mörs, Montag, 12., abends 8 Uhr, im Lokal Göbling, Goldstraße.
Meppen, Montag, 12., abends bald 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Hortstraße 9.
Neustettin, Freitag, 2., nach Geschäftsschluß im Gewerkschaftshaus (Fabrik- und Schuharbeiter).
Nürnberg, Montag, 26., abends 8 Uhr, im „Volkshaus", Gostbrichstraße.
Saarbrücken, Montag, 12., abends 7 Uhr, im Café Englert, Schloßstr.
Schmölln, Samstag, 17., abends 8 Uhr, im „Lindenhof".
Schneeberg, Montag, 26., abends 8 Uhr, im Rest. „Sachsenburg".
Schwerdtlingen, Mittwoch, 7., abends, im Lokal Heinrich Lose.
Schwin, Montag 5., abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.
Spandau, Montag, 16., halb 8 Uhr, bei Neue, Neumeisterstr. 6.
Stolberg, Samstag, 24., abends 8 Uhr, im „Schützenhaus".
Strausberg, Montag, 5. und 19., im Vereinslokal.
Strausberg, Dienstag, 13., abends 7 Uhr, in der „Ritterburg".
Torgau, Montag, 19., in der „Waldschenke", Kreisstraße.
Waldenburg, Donnerstag, 8., bald 8 Uhr, im „Anker", Töpferstraße.
Waldheim, Montag, 5., abends im „Schwarzerroß".
Wolfenbüttel, Montag, 26., nachm. 5 Uhr, Lokal „Germania", Musäuer Straße.
Witten, Samstag, 24., abends bald 8 Uhr, in Wunders Restr., Bachstr.
Worms, alle 14 Tage Montags, im „Roten Löwen", Weckerstraße.
Zwenkau L. S., Freitag, 16., im Vereinslokal.

Briefkasten.

Ortsverwaltungen in Reutlingen, Gera, Halle und andere. Die Ergebnisse der Neuwahlen und die Adressenänderungen werden im Adressenverzeichnis erscheinen.

Brasilien

Die „Vereinigte Schuhmaschinen-Gesellschaft" in Brasilien, Stg Rio de Janeiro, stellt

10 Oberlederstanzer

ein. Es wird Gewicht darauf gelegt, daß nur solche junge Leute sich melden, die auch tatsächlich ihr Fach gründlich verstehen. Verheiratete können nicht in Betracht kommen. Zur Zeugung der mit stehenden Reisekosten hat der in Frage kommende Fabrikant sich bereit erklärt. Bewerbungen sind zu richten an die

Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen-Gesellschaft
Frankfurt a. M., Postschließfach 112.

(Ob es sich um Beschäftigung in der Schuhmaschinenfabrik oder um Vermittlung an eine brasilianische Schuhfabrik handelt, ist nicht bekannt. Jedenfalls ist es Sache jeden Bewerbers, sich über die gestellten Bedingungen vorher zu vergewissern. Auskunft über die sonstigen Verhältnisse dasselbst wird man beim Reichswanderungsamt Berlin N.W. 6, Luisenstr. 31a erhalten können. — Der Verlag d. Sch.)

Zwei bis drei
tüchtige Handzwicker
nur rind eberne Artikel per sofort gesucht. H. Höfers Schuhfabrik, Varel in Oldenburg.

Nachruf!
Am Jahresschluß traf uns auch etwas bitter geworden, die im Laufe des Jahres für immer von uns schieden:
Michelbrunt Walter, Zwickmstr
Fischer Gustav, Löhnitz
Habermann Otto, Löhnitz
Mendel Paul, Löhnitz
Lorenz, Rudolf, Zwönitz
Winkler Gust. Chr., Löhnitz
Decker Flora, Zwönitz
Schubert Franz, Aue
Camberger Richard, Löhnitz
Müller Hedwig M., Löhnitz
Hjemnig Otto, Zwönitz
Martin Wilhelm, Löhnitz
Reinhold Gustav, Zwönitz
Haug Alfred, Stollberg
Barthert Elisabeth, Stollberg
Schulz Hanna, Glertzein
Breyer Paula, Löhnitz
Wir werden ihnen ihr gedenken!
Bezirkszahlstelle Löhnitz-Zwönitz.

Gratulation!
Unserer Kollegin Wilhelmine Boeby zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum
die besten Glückwünsche!
Möge es der lieben Kollegin vergönnt sein, noch recht lange in unserer Mitte zu verweilen
Einige Kolleginnen der Zahlstelle Burg.

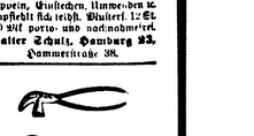
Unserem werten Kollegen Georg Müller und seiner lieben Braut Marie zu ihrer am 29. Januar stattfindenden grünen Hochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche
Glück und Segen immerdar,
Wünschen wir dem Hochzeitspaar.
Die Kollegen der Zahlstelle Schwarzenfels.

Unliebsam verspätet!
Unserer werten Kollegin Frida Hoffmann nebst ihrem lieben Heinz!
die herzl. Glückwünsche zur grünen Hochzeit!
Viel Glück und Eintracht und viele, viele Kleinigkeiten!
Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Schönmar (Lippe)

Modell- u. Bodenarbeit-Utensilien, Steinpappe, Modellkarton, Holzfedern, Gummi, Zeichenhalter, Pauspapier, Messer, Metallzeuge, Oberlederrasierzeitungen, Pech, Teerfilz, Wachsfäden u. Kalipolitur. Verl. Liste 7 mit Musterkarte **H. Franke**, Fachversand, **Artern 13.**

Schuhmacher-Schürzen
(Kreuzband)
in grün und blau
Arbeitsmäntel für Zuschneider
schwarzwarfiert und braun.
Sommerjoppen
sowie blaue Arbeitsanzüge
liefert in bekannt guter Qualität allerorgern
A. C. Volz, Stuttgart
Mottenbeständige Wolle
Fabrikation von Berufskleidung
Versand — Nachnahme. Bestellungen der Firma Nichtverwendung. Kleine aufgeschlossen. Kleine nicht gefesselt bei erneute Kundschaft. Ohne berechnete Kosten zurück. Ob Behandlung von Mädchen und Kinder angäben bitte Größe u. Halsweite angeben.

D. R.-Patent „Chalyseta"
die Stahlborste mit biegsamer Spitze, für Schuhm. u. Lederarb. Ersatz der Schweinsborste, zum Toppeln, Einstechen, Umwenden u. Empfiehlt sich leicht. Muster: 1/2 St. 50 Mk portofrei und nachnahmefrei.
Walter Schatz, Hamburg 33,
Hammerstraße 38.



E. Vötte, Berlin N 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Lupp Söhne, Gottingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Sämtliche Werkzeuge für Hand- und mechanische Arbeit.
Empfehlen
Die Schwedische Messer
Marke „Lamm"
Spezialwerkzeuge für Reparaturarbeit.
Ölbeständiger Hohlstahl Lammitz.

Spezial-Modellfachschule
J. Kröner, Bamberg (Bayern), Heiligegrabstraße 53
prakt. Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie
Drei Modell-Gradiermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden
Prospekt gratis. Prima Referenzen.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Obstmarktstraße 1.